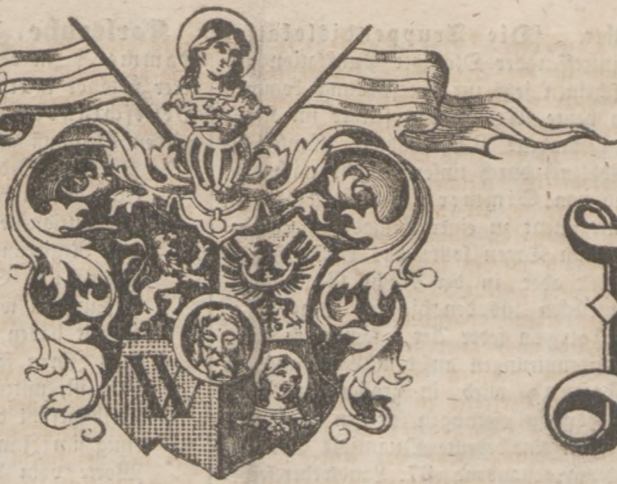


Breslauer



Beitrag.

N^o. 356.

Dinstag den 24. Dezember

1850.

Pränumerations-Anzeige.

Die Breslauer Zeitung beginnt mit dem 1. Januar ein neues vierteljährliches Abonnement. Wir laden hierzu ein und bitten, die auswärtigen Bestellungen bei der nächsten Post-Anstalt so zeitig zu veranlassen, daß dieselben vor dem 1. Januar bei dem hiesigen Ober-Post-Amte eingegangen sind. Die Zeitung erscheint täglich und ist der vierteljährliche Abonnements-Preis nach wie vor am hiesigen Orte 1 Thlr. 15 Sgr.; auswärts im ganzen preussischen Staate 1 Thlr. 24 1/2 Sgr. inclusive Porto. Breslau, im Dezember 1850.

Graf, Barth u. Comp., Verleger der Breslauer Zeitung.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Kassel, 22. Dezember, Nachmittags 4 Uhr. Soeben sind 3000 Baiern und Oesterreicher eingerückt. Morgen werden mehr erwartet.

Das Bürgergarden-Commando hat Leiningsens Forderung, die Waffen abzuliefern, den Mannschaften nur notifiziert. Die Frist der Waffen-Ablieferung ist hierauf bis heute 12 Uhr festgesetzt worden.

Sämmtliche Beamte sollen sich auch der Verordnung vom 28. September fügen. — Das Oberappellationsgericht hält heute abends eine Beratung.

Berlin, 23. Dezember, Abends 6 Uhr 21 Minuten. General Thümen wird nächstens von hier nach Holstein abgehen.

Dresden, 23. Dezember. Gestern Nachmittags um 3 Uhr langte der Minister-Präsident v. Manteuffel und der österreichische Gesandte am Berliner Hofe v. Prokesch, und gleich darauf um 5 Uhr der österreichische Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg in Begleitung des österreichischen Bevollmächtigten Grafen Buol und des Grafen Rechberg hier an.

Die Minister v. Manteuffel und Schwarzenberg nahmen ihre Wohnung im Prinzenpalais, und hatten sogleich nach ihrer Ankunft eine lange Konferenz, die bis spät in die Nacht dauerte.

Heute Mittag wurden die „freien Konferenzen“ eröffnet. Fast sämtliche Bevollmächtigte der deutschen Staaten waren dabei anwesend. — Hassenpflug ist nicht in Dresden.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte. Frankfurt a. M., 21. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 34 1/2.

München, 19. Dezember. Die Kammer sind zum 3. Februar einzuberufen.

Uebersicht.

Breslau, 23. Dezember. Der Premier-Minister v. Manteuffel ist am 22. Dezbr. Morgens von Berlin nach Dresden abgereist, wo er wahrscheinlich gleichzeitig mit dem österreichischen Minister-Präsidenten v. Schwarzenberg zusammentreffen, und mit demselben zu vorläufigen Beratungen zusammentreten wird. Minister v. Manteuffel wird bis zum Neujahr in Dresden verweilen und dann zur Wiedereröffnung der preussischen Kammer nach Berlin gehen. Später wird er sich wahrscheinlich noch einmal nach Dresden begeben, um an den Konferenzen Theil zu nehmen. Vor der Abreise des Minister-Präsidenten fanden Sitzungen des Staatsministeriums und Kabinet-Konferenzen bei Sr. Majestät statt. Se. Majestät der König soll mehrfach hervorgehoben haben, daß man bis zum 3. Januar zu irgend einem Resultate in Dresden gekommen sein müsse.

Mit den preussischen Bevollmächtigten, Grafen Alvensleben, wird sich außer dem Grafen Klemming noch der Kanzleirath de la Croix aus dem Desirir-Bureau nach Dresden begeben. Die Funktionen der Bevollmächtigten sollen sich dahin beziehen: Das Mandat, welches den deutschen Staatenbund (das gesammte Oesterreich mit inbegriffen) umschließt, möglichst locker zu halten. Die deutsche Centralgewalt soll eine burokratische Form erhalten, d. h. Preußen und Oesterreich soll die allein vollziehende Gewalt im Innern und die Vertretung nach Außen haben. Uebrigens soll das freieste Antragsrecht für den engeren Bund gewahrt werden. Oesterreich soll dagegen gesonnen sein, dieser „Sonderbunderei“ entschieden entgegen zu treten, während die Unionenregierungen größtentheils mit Preußen gehen dürften. Am entscheidendsten aber werde Baiern (und vielleicht auch Württemberg) auftreten, indem es gegen jeden Dualismus protestiren würde.

Am 21. Dezbr. hat der Minister v. Padernberg von den ihm bisher untergebenen Büreaux feierlich Abschied genommen. Die bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden haben wir in der gestrigen Zeitung mitgetheilt.

Am 18. Dez. wurden zu Hamm die 168 Angeklagten des November-Kongresses (zu Wäner) sämtlich freigesprochen.

Unsere Berliner Korrespondenz bespricht in der gestr. Ztg. das jetzt sich zum Ende neigende Traverspiel in Kurhessen. Nachdem nämlich die preussischen und österreichischen Kommissäre (Pucher und Leiningsen) erklärt hatten, daß sie im Namen sämtlicher deutschen Staaten die Unterhandlungen führen, erklärte sich das Ober-Appellations-Gericht zu Kassel am 19. bereit, bis zur demnächstigen definitiven Regulierung der kurhessischen Angelegenheit, den September-Verordnungen Folge zu leisten. Die übrigen Behörden sind diesem Beispiel gefolgt. Demgemäß soll, nach den Bestimmungen der 12 Märg. Punctation, nach Kassel nicht mehr fremdes Militär als ein Bataillon Preußen und ein gleiches Bundesstruppen gezogen werden. Dennoch erschienen am 20. nicht allein Quartiermacher der bairischen Truppen, sondern auch am 22. Morgens gegen 3000 Mann Baiern und Oesterreicher in Kassel. Der österreichische Kommissar verlangte hierauf, daß bis Mittags 12 Uhr die Bürgergarde die Waffen abliefern müsse, das Commando derselben hat aber dieses Verlangen der Bürgerwehr nur angezeigt. Das Ober-Appellations-Gericht ist zu einer neuen Beratung zusammengetreten. Die Stimmung in Kassel ist eine außerordentlich erregte. Die bairischen österreichischen Truppen sollen mit Eifer empfangen worden sein. Zu den Dresdener Konferenzen ist der hannoversche Bevollmächtigte, v. Münchhausen, zuerst (am 20.) eingetroffen. Am 21. und 22. werden sich wohl die übrigen (wenigstens von den große-

ren Staaten) Bevollmächtigten einstellen. Hassenpflug wird wahrscheinlich nicht kommen.

Die bairischen Kammer sind für den 3. Februar 1851 nach München einzuberufen.

Am 19. Dez. hat die Volkammer in Karlsruhe in Folge einer Interpellation des Abgeordneten Belder einen wichtigen Beschluß gefaßt, dessen Hauptinhalt folgender ist. Die Kammer beugt die Zustimmung,

daß die großherzogliche Regierung dahin wirken werde, 1) daß eine oberste Gewalt in Deutschland errichtet und mit den Befugnissen ausgestattet werde, welche erforderlich sind, um, unabhängig von fremden Einflüssen, die Rechte und Interessen der Nation nach Außen und im Innern zu schützen und zu fördern; 2) daß diese oberste Gewalt umgeben werde mit einer National-Vertretung, deren Theilnahme die deutsch-nationale Richtung der allgemeinen Politik, die Kraft der Gesetzgebung und der Leitung der gemeinsamen Interessen, den Schutz des Reiches und der berechtigten Selbstständigkeit der einzelnen Staaten verbürgt.

Nicht minder hat die Kammer die Zustimmung, daß die großherzogliche Regierung, so viel an ihr ist, jeder Verletzung der nationalen Interessen von außen und des Reichthums im Innern entgegenzutreten, daß sie folgerweise sowohl gegen die Zumuthungen, die Rechte Deutschlands auf das Herzogthum Holstein und auf dessen unzerstörliche Verbindung mit Schleswig preiszugeben, einschüdenen Widerspruch einzulegen, sowie die in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung des Kurfürstenthums Hesse in Schutz nehmen wird.

Indem die Kammer diese Erklärung in ihr Protokoll niederlegt, fühlt sie sich getragen von dem Bewußtsein, einer Pflicht zu genügen, welche den Vertretern jedes deutschen Stammes gebietet, in einer Zeit, in welcher es sich um die Verwirklichung der feierlichen Zusicherungen handelt, an deren reibliche Erfüllung zu mahnen, wodurch allein das Wohl, ja, die Existenz des großen deutschen Vaterlandes wie der einzelnen Glieder gesichert werden kann.

Sie fühlt sich aber zugleich gebunden durch die Thatsache, daß ihre Mahnung für die großherzogliche Regierung nicht ein Vorwurf, sondern eine Stütze ist.

Wänterberg findet außer dem eigentlichen Bevollmächtigten, Herrn v. Neurath, noch das Mitglied des gch. Rathes, Grafen Laube, und einen Sekretär nach Dresden. Die Instruktionen schließen sich eng an die des bairischen Bevollmächtigten an; er soll verlangen: eine einheitliche Bundesgewalt und Selbstständigkeit der Mittelstaaten.

Zu Oldenburg wurde am 20. Dez. der allgemeine Landtag eröffnet. Die Eröffnungsrede des Minister-Vorstandes enthält sehr wichtige Stellen in Bezug auf die deutschen Verfassungs-Angelegenheiten, auf die Auflösung der Union, auf die Dresdener Konferenzen und auf Schleswig-Holstein, dessen Rechte sie vollständig gewahrt wissen will. (S. unter Deutschland.)

Der Weiser-Bez. wird aus Hannover gemeldet, daß bei den Dresdener Konferenzen eine imposante Macht für die Herzogthümer (Schleswig-Holstein) auftreten würde. Die norddeutschen Staaten hätten deshalb in letzter Zeit sehr viel unter sich verhandelt.

Und vielleicht ist es auch hohe Zeit, wenn folgende telegraphische Depesche, welche die „Niederl. Ztg.“ aus Frankfurt vom 19. Dez. erhalten hat, Wahrheit berichtet. Dieselbe lautet nämlich: „Hilmarshausen-Plutonium Begleitlich hat Befehl erhalten, sich mit seinem Korps marschfertig nach Holstein zu halten.“ (Dies Korps steht bis jetzt an der sächsischen heftigen Grenze und ist etwa 25,000 Mann stark.)

Das schleswig-holsteinische Heer aber läßt frisch und müthig seinen Felddienst und schant zur Abwechslung. Wenn die eben eingetretene Kälte anhält und festes Eis gebildet haben wird, ist ein Zusammenstoß mit den Dänen sicher zu erwarten. — Von den Preußen, welche zur Einstellung in das Heer nach ihrer Heimath beordert worden waren, sind schon wieder einige zurückgekehrt, da sie jetzt nicht mehr gebraucht würden. — Der Kriegsminister hat in der Landesversammlung zu Kiel erklärt: Willen sie ausgehoben, weil er das Vertrauen zu sich und deshalb auch auf das Heer verloren habe. — Die Dänen saugen das arme Schleswig gänzlich aus. Die kleine Stadt Eckernförde hat bis jetzt allein 90,000 Mark an Kriegskontributionen zahlen müssen.

Breslau, 23. Dezember.

Man kann ein Freund des Friedens um schweren, ja fast um jeden Preis sein und kann doch durch die Art und Weise, wie man die für notwendig erachteten Opfer bringt, einen Schein von Haltung und Kraft sich bewahren, der den Gegner abhält, das Neueste zu fordern. Man kann zurückgehen mehr als einen Schritt, ja bis auf die äußersten Positionen, aber man kann den Rückzug mit einer Art äußerer Würde vollbringen und durch die Sicherheit, mit welcher man die Rückzugslinie beschreitet und die neu zu gewinnende Position ins Auge faßt, den Schein einer feigen Flucht abwenden und selbst der Fügbarkeit in äußerem Zwang das Ansehen der Freiwilligkeit geben. Wenn aber die Friedensliebe zur Friedensmanie sich steigert, wenn die Bereitwilligkeit zum Nachgeben grundlos und damit grenzenlos wird, wenn man mit einem Worte sich anmerken läßt, daß man um jeden Preis den Frieden sucht und der Furcht vor dem Kriege Alles opfern will und wenn es möglich wäre, noch etwas darüber, wenn die Nachgiebigkeit an die Interessen des Gegners in willfährige Preisgebung in seine Launen ausartet: dann ist es aus mit jeder Haltung und mit jedem Schimmer von Kraft und man fällt auf Gnade oder Ungnade in die Hände eines übermüthigen Siegers. Wenn man, nachdem der Muth zum Vorwärtsgen einmal gebrochen ist, auch nicht einmal zu dem Muth eines geordneten Rückzuges sich erheben kann; wenn man Westfalen mit dem Gegner spielt und stat eine feste Position zu suchen, aus einem Schlupfwinkel in den andern sich rettet, immer bereit, auf den leisesten Wind ihn wieder zu verlassen und die regellose Flucht

von Neuem zu beginnen: so hört ein solches Treiben auf ein Kampf zu sein und wird zur muthwilligen Treibjagd und die ebenbürtigen Gegner verkehren sich in den Jäger und das gebestete Wild.

Unsere Politik hat in ihrer rückweichenden Bewegung sich in diese Regel- und Ziellosigkeit hineingeworfen und gerade darum sind wir so über alles Maß zurückgedrängt worden und können leicht bis hart an die Grenze getrieben werden, wo es sich nur noch um Sein oder Nichtsein handelt.

Wir können den Entschluß unserer Regierung, den Frieden um jeden Preis zu erhalten, als eine vollendete Thatsache hinnehmen, gegen die sich bei dem Stande unserer politischen Machtverhältnisse nicht ankämpfen läßt. Es ist auch ganz irrig, wenn man gefühllos die Meinung verbreitet, als habe die Opposition durch ihre unausgesetzten Mahnungen zu einer Politik der Entschiedenheit nur an den Krieg appelliren wollen. Die Politik des Friedens bedarf der Entschiedenheit noch viel dringender, als die des Krieges. Die letztere kann einen Schritt auf dem ihr eigenthümlichen Wege leicht wieder zu machen und durch einen Schwertstreich ein in einer schwachen Stunde beschriebenes Blatt zerhauen. Die Friedenspolitik kann gemachte Fehler nur verbessern, wenn sie eventuell zu den Mitteln zu greifen sich entschließt, welche sie ihrer Natur nach verabsteht.

Was nicht die Politik Oesterreichs die meistverbreitete und erfolgreichste Friedenspolitik, die sich nur denken läßt und hat nicht Preußen durch seine Art, um den Frieden zu werben, und ganz nahe an den Abgrund des Krieges gebracht? Wenn es auch in der Geschichte nur selten vorkommen mag, daß ein Uebermuth und eine Anmaßung, wie sie Oesterreich uns gegenüber entfaltet hat, einen so demüthigen und schüchternen Gegner findet, so würde doch schon die Hälfte der von Oesterreich entwickelten Energie auf unserer Seite und die eine Hälfte der österreichischen Uebermacht erspart haben.

Es ist ein Zeichen schwacher Charaktere, von der Energie des eigenen fest ausgesprochenen Willens nichts zu hoffen und von der lächerlichsten Drohung des Gegners Alles zu fürchten. Wenn der Friede wirklich ein so hohes Gut ist — und wer zweifelt daran? — daß man nur im äußersten Falle ihn auf's Spiel setzen darf, warum bringt man da nur die eigene Kriegesfurcht und nicht auch das Friedensbedürfnis des Gegners in Anschlag? Warum sieht man in jeder fremden Präntion einen casus belli, dem man durch Nachgeben ausweichen müsse und versucht sich nicht einmal in dem Gebrauche derselben Waffen, die der Gegner gegen uns mit so viel Erfolg anwendet? Hat denn Preußen sich allein in der Welt nur das Bedürfnis des Friedens? Würden auf uns allein denn alle Schreden des Krieges sich stützen? Wenn man selbst dem Einfluß kategorischer Forderungen sich so bereitwillig beugt, warum wagt man nicht den Versuch: ob nicht eine gleich kategorische Zurückweisung bei den Gegnern aus denselben Ursachen die gleiche Wirkung erzeugen werde?

Es ist ein Irrthum zu glauben, daß Wagnis eines freien und selbstständigen Vorgehens in Deutschland habe und die Lage von Warschau und Dmütz gebracht. Die kleinliche Taktik unserer Rüstzüge hat uns endlich in jene großartige Retirade geworfen. Selbst angenommen, daß Oesterreich um keinen Preis das Aufkommen der Union würde gebildet haben, bleibt es doch gewiß, daß wir für die Aufhebung derselben ganz andere Bedingungen hätten eringen müssen, wenn unsere vorangegangene Politik gezeigt hätte, daß sie uns um einen Spottpreis nicht feil sei.

Ja selbst unsere neue sogenannte Position — wenn man dies Schwächen in der Luft eine Position heißen kann — ist mit allen Fehlern unserer bisherigen Politik behaftet und wird sich darum eben so wenig halten lassen, als die früheren.

Vergeblich forschen wir nach einer bestimmten Aufklärung, wieviel von unseren früheren Ansprüchen und Rechtsüberzeugungen definitiv hingegeben, wieviel unwiderruflich festgehalten worden ist. Wenn die Regierung sich entschlossen hätte, mit einem Male, offen und ohne Bemäntelung, Alles das aufzugeben, was sie festzuhalten doch wieder den Muth noch die Kraft hat, so würde die schmerzliche Ueberzeugung über jene Stipulationen zwar noch stärker gewesen sein, allein Preußen würde nach Außen wenigstens achtungsgewerbender dagestanden und die Regierung selbst dem eigenen Volke gegenüber, eine würdevollere Stellung eingenommen haben.

Wenn man, anstatt durch die Deutsche Reform die von Niemandem geglaubte Versicherung, daß ein Systemwechsel nicht beabsichtigt werde, auszusparen zu lassen, lieber alle die Misere, die uns doch einmal nicht erspart bleibt, durch einen großen entschlossenen Bruch mit der Vergangenheit ein für allemal abgethan und dem Auslande die Ueberzeugung gegeben hätte, daß das Grab des gestürzten Systems auch dessen zahllose Schwächen für immer verschlungen habe: so hätten wir den Reich in einem Zuge ausgetrunken, der uns jetzt in einzelnen Tropfen gereicht wird, dafür aber die Genugthuung gehabt, daß nun endlich wieder einmal eine feste, wenn auch uns ungunstige Position gewonnen wäre.

So aber hat man in Warschau und Dmütz nur die hohen Zwecke aufgegeben, denen das frühere System dienen zu wollen vorgab, aber die Politik der kleinen Mittel, der halben Schritte, der mangelnden Offenherzigkeit conservirt und in das neue System herübergenommen. Treu dem Naturgesetze, daß die Schnelligkeit im Falle mit der Größe der Distanzen steigt, ist die kurze Spanne, welche zwischen Dmütz und Dresden liegt, ein Miniaturbild geworden, in welchem alle Möglichkeiten der Politik vom 26. Mai 1849 bis 2. November 1850 in einem engen Raume sich aneinander drängen.

Pomphast liest man nach der Rückkehr unseres großen Friedens-Apokryphs die Lorbeeren ausstellen, die er in Dmütz gesammelt haben sollte.

Da sollte es erreicht sein, daß ferner keine Frage in Deutschland ohne Preußens Mitwirkung entschieden werden dürfe, daß

der Bundestag mit seinen Präntionen besichtigt und die deutsche Verfassungs-Angelegenheit nach Preußens Forderung der freien Vereinbarung überlassen sei.

Aber die hinkenden Worten folgten einer nach dem andern Schlag auf Schlag dem gefeierten Triumpheator nach.

Die Mitentscheidung Preußens begann in Kurhessen mit dem völligen Rückzuge unserer Armee und dem immer weiteren Vorrücken der Bundesstruppen. Es war nicht wahr, daß die kurhessische Angelegenheit der ausschließlichen Entscheidung aller deutschen Regierungen unterbreitet werden sollte, denn die bereits getroffene Entscheidung des Bundestages wurde nicht rückgängig gemacht und nicht um ein Jota geändert. Die Kurhessen blieben Rebellen, die Autorität des Landesherren mußte hergestellt werden, Alles ganz so, wie es der Bundestag beschloffen hatte. Nur daß seit Herrn v. Manteuffels „Eieg“ in Dmütz die bis dahin störende Exekution mit reisender Schnelligkeit ihrem Fortgang nahm, nur daß ein preussischer Kommissar dabei eine Rolle spielte, die man sich nicht ohne die tiefste Beschämung ausmalen kann. Entschieden hat also Preußen in Kurhessen nach der Dmützer Uebereinkunft erst recht nicht. Aber was hat es gethan, nachdem es die Erlaubnis bekommen, mitthun zu dürfen? Nun der preussische Kommissar hat sich bei seinem gestrengen Herrn Kollegen, den Bundes-Kommissar bitweise für die armen Kurhessen verwendet und seine Verwendung ist — fruchtlos geblieben.

Wäre es nicht tausendmal ehrenvoller für Preußen gewesen, wenn es rundweg erklärt hätte: daß es mit den „widerräthigen“ Händeln gar nichts zu schaffen haben wolle? Thun, als ob man wolle, und dann zuletzt doch wieder nicht können oder nicht wollen, das ist die traurigste Rolle, zu welcher die Regierung eines großen Staates sich gebrauchen lassen kann.

Wir zweifeln nicht daran, daß unsere Rolle in Schleswig-Holstein eine gleiche sein werde.

Und wie steht es mit der Beseitigung der Präntionen des Bundestages und der freien Vereinbarung zu Dresden?

Nun, in den obschwebenden praktischen Fragen leidet Preußen diesen Präntionen jetzt keine moralische, später, wenn es nöthig wird, vielleicht auch keine physische Unterstützung, wie wir das in Hessen gesehen haben und in Schleswig-Holstein bald sehen werden.

In den Verfassungsfragen aber steht Preußen mit dem einen Fuße bereits in dem Bundestage und mit dem andern balancirt es noch in der Luft. Lange wird es diese ein wenig unnatürliche Stellung schwieriglich mehr vertragen und wohin es dann fällt, lehren uns die Gesetze der Schwere zur Genüge.

Die Wurzel aller bundestädtigen Präntionen ist die Behauptung, daß die Bundesverfassung noch zu Recht bestehe. Der einzige feste Haltpunkt, welcher Preußen bis zu dem Tage von Dmütz noch geblieben war, war die gegenwärtige Aufstellung unserer Regierung, daß die Bundesverfassung rechtlich und faktisch aufgehoben sei und nur durch freie Vereinbarung der einzelnen Staaten wieder eine neue errichtet werden könne. Nur unter dieser letzten Voraussetzung haben die freien Konferenzen einen „freien“ Boden, und eine von dem Bundestage scharf unterschiedene Bedeutung. Fällt diese Voraussetzung, so sind sie durchaus nichts Anderes, als der vollzählige Bundestag.

Und diese Voraussetzung, es läßt sich auch das jetzt nicht mehr verhalten, ist von Preußen zu oder seit Dmütz fallen gelassen worden. Wollen wir auch davon absehen, daß der Bundestag sogar thatsächlich geblieben ist, so ist doch auch seine rechtliche Existenz anerkannt, oder der von Preußen eingeschlagene Weg muß unausweichlich zu dieser Anerkennung führen.

Wir haben das auffallende Schweigen über die rechtliche Aufhebung der Bundesverfassung in der preussischen Einladungschrift nur deshalb nicht mit einem härteren Namen, als dem einer bloßen Zweideutigkeit bezeichnet, weil wir an die entfernte Möglichkeit dachten, daß Preußen und Oesterreich über ein gemeinschaftliches Absehen vor dem Bundestage sich verständigt hätten, und deshalb den früheren Streitpunkt nicht wieder hervorbereden wollten! Wir haben uns aber auch in diesem kleinen Reife von Vertrauen — wie immer — getäuscht. Die Differenz besteht entweder noch, und dann glaubt kein Mensch daran, daß Preußen, welches nicht einmal mehr daran zu erinnern mag, seine frühere Rechtsüberzeugung festhalten werde, oder sie ist in der That ausgeglichen, und dann ist Preußen wie immer bei allein nachgebende Theil gewesen.

Während die preussische Einladungschrift nur die Thatsache des faktischen Aufgehens der Bundesverfassung — die kein Kind bezweifelt — bescheiden andeutet, und dabei Preußens einzige Waffe gegen Oesterreich freiwillig aus der Hand giebt, erklärt die österreichische mit der größten Entschiedenheit: „daß die Grundgesetze des deutschen Bundes bis zur erfolgten Revision in unverrückbarer Giltigkeit bestanden seien.“

Damit haben wir denn auch unsere letzte Position verloren, wir treten bettelarm in die Dresdener Konferenzen, und sind allein auf die Barmherzigkeit der Revision angewiesen, welche die Bundestagsherren gutwillig von ihrer wohlgebedachten Tafel auf uns herabfallen lassen. Und wenn es ihnen etwa nicht beliebt, Preußen eine der erbetenen Reformen zu bewilligen, nur so bleibt es eben bei dem, was diese Herren wollen und immer gemollt haben — bei der alten unveränderten Bundes-Verfassung und dem Bundestage.

Preußen.

Berlin, 22. Dez. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem vormaligen Kaufmann, jetzigen Rentier Thiele zu Weich, den rothen Adlerorden 4. Klasse zu verleihen. — Dem Oberlehrer am Friedrichs-Werderschen Gymnasium zu Berlin,

Schmidt und Dr. Köpfe, und dem Oberlehrer Dr. Horfel am Pädagogium zu Züllichau ist das Prädikat „Professor“ beigesetzt worden.

Die Minister des Innern und der Justiz haben, nachdem ihnen der erforderliche Nachweis geführt worden, in Gemäßheit des § 120 des Anhangs zum Allgemeinen Landrecht, den Adel der ehelichen Descendenz des im Jahre 1783 in Schlesien verstorbenen früheren Burggrafen von Grim, Mathias Rudzinski, anerkannt und dieselbe autorisirt, sich des Adels wiederum zu bedienen.

Angekommen: Se. Excellenz der geh. Staats-Minister und Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, von Raumer, von Frankfurt a. d. D.

Berlin, 22. Dez. [Tagesneuigkeiten.] Se. Majestät der König haben gestern Morgen mit dem gewöhnlichen Bahnzuge um 9 Uhr sich nach Potsdam begeben. In Allerhöchster Begleitung waren Ihre königlichen Hoheiten der Prinz von Preußen, Prinz Karl und Prinz Albrecht, sowie Se. königliche Hoheit der Prinz August von Württemberg und Se. Hoheit der Herzog Wilhelm von Mecklenburg. Gleich nach Ankunft Se. Majestät haben Allerhöchstdieselben das Gardejäger-Bataillon, welches in Kriegszustand und Kriegsausrüstung im Zirkel aufgestellt war, besichtigt. Das Bataillon marschirte zweimal, in Zügen und in Halbzügen bei Se. Majestät vorbei. — Nach der Besichtigung nahmen Se. Majestät im Schlosse Militär- und Civil-Vortrag an. Um 2 Uhr war Tafel, zu welcher die Stabs-Offiziere und Hauptleute des Gardes-Jäger-Bataillons befohlen waren. — Um 5 Uhr haben Se. Majestät sich nach Charlottenburg mit dem gewöhnlichen Bahnzuge zurückbegeben. (St. Anz.)

Herr v. Mantuffel ist nach Dresden abgereist. In orientirten Kreisen ist man überzeugt, daß die entscheidende Wendung der Dresdener Konferenzen sich in drei bis vier Tagen herausstellen werde. Oesterreich und Preußen befinden sich in voller Einigkeit, was den Zweck (2) der Konferenzen betrifft, sie befinden sich ebenso in Uebereinstimmung, was die der Konferenz zu machenden Vorträge angeht. Allein noch ist es unangesehener Bemühungen nicht gelungen die Großmächte Ideen Baierns auf das Gebiet einer nächsten, der Situation und den Verhältnissen dieses Staates angemessenen Politik zurückzuführen. Wir können in Dresden leider Baiern nur in demselben Spiele erblicken, das es seit Jahren gespielt und an dem nicht bloß der Ernst, den die Zustände des gesammten Vaterlands in allen patriotischen Herzen hervorgebracht haben, sondern auch die erste drohende Gefahr innerer Empörung, die nur durch außerordentliche Waffen abgewendet wurde, spurlos vorüber gegangen sind. Leider hat die bairische Regierung, poehend auf eine Politik, die es vermahnt Schwächen Zwang anzuheben, jetzt in der ersten Stunde noch kein anderes Programm, als das des Protestes. Von Herrn Hassenpflug oder dem Vertreter seiner Politik, dem Herr Hassenpflug selbst soll nach neuen Nachrichten nicht nach Dresden gehen, ist die Unterthänigkeit dieses Protestes zu erwarten, dem auch was wir freilich nicht verbürgen können, Lichterstein und Hohenhausen nicht fehlen dürfen. — In Betreff Württemberg glaubt man noch auf eine Aenderung der bloß protestirenden Politik rechnen zu können. — Für die auswärtigen Regierungen werden sich verschiedene diplomatische Agenten nach Dresden begeben.

Der Sohn des französischen Generals Castellane geht, wie wir hören, auch nach Dresden, schwerlich ohne Auftrag. (C. B.)

(Die Instruktionen des preussischen Bevollmächtigten.) Wir erfahren, daß Herr v. Avensteden im Allgemeinen dahin instrukt ist, den neuen Bundesverband mit möglichst lockeren Formen auszustatten. Das Grundprinzip ist allerdings in sofern ein dualistisches, als Oesterreich und Preußen ausschließlich die vollziehende Gewalt im Innern, so wie die Vertretung nach Außen übertragen werden soll. Im Uebrigen sollen die Bundesgewalt, wie in der Bundesakte, möglichst allgemein gefast und die Souveränität der Einzelstaaten möglichst wenig beeinträchtigt werden. Der Eintritt Gesamt-Oesterreichs würde befürwortet, dagegen eine Volksvertretung beim Bunde nicht zugelassen werden. — So würde denn die neue deutsche Bundesverfassung ungefähr die Form erhalten, welche schon in den Zeiten der Unionspolitik für den sogenannten „weiteren Bund“ erstrebt wurde. — Preußen rechnet darauf, daß je loser der Verband gefast ist, desto stärker das Bedürfnis einer engeren Union innerhalb desselben hervortreten wird, und Herr v. Avensteden ist dahin instrukt, vor Allem darauf zu dringen, daß dieser freien Union der möglichste Raum gestattet wird. Die Hauptsache ist, daß Art. 11 der Bundesakte eine möglichst debatare Interpretation erhalte. So wird von preussischer Seite gehofft, wesentliche Tendenzen der Unionspolitik, als Einigung im Heerwesen und in materiellen Fragen auch auf diesem neuen Wege verwirklicht zu können, wenn auch, ohne parlamentarische Zutritt, für welche jetzt der Zeitpunkt nicht mehr angemessen erscheint. — Es ist von preussischer Seite der allgemeine Theil der Instruktionen der früheren Unionsstaaten mitgetheilt, und denselben der ausdrückliche Wunsch eröffnet worden, ihre Bevollmächtigten in Dresden an ähnliche Normen zu binden, damit sie auf den Konferenzen überall mit Preußen sich vorher verständigen und dann gemeinschaftlich vorkommen können. Wie wir vernehmen, sind von einem Theile der südbairischen Staaten, namentlich von den thüringischen und von Braunschweig bereits zustimmende Erklärungen eingegangen. Dagegen hat Oesterreich gegen jede „Sonderbedeutung“ bereits so oft und so entschieden seinen Willen ausgedrückt, und es kann hierin so sehr auf die Zustimmung der Mittelstaaten rechnen, daß die preussischen Propositionen nur sehr geringe Aussicht auf Erfolg haben. Wir müssen wiederholen, daß unter allen Absehensmöglichkeiten die der Rückkehr zum unveränderten alten Bundeswesen fortwährend das Beste für sich hat. (Nat. Z.)

An die Regierungsvorstände und die Ober-Post-Direktoren ist folgende Verfügung erlassen:

Nach § 1 der Verordnung vom 5. Juni d. J. kann die Postverwaltung nach Umständen die Abnahme und Ausführung von Bestellungen auf Zeitungen und Zeitschriften ablehnen. Unter Erlass vom 6. desselben Monats bezieht die Kasse, in welchen auf Requisition der Herren Regierungs-Präsidenten die Postverwaltung von dieser Verfügung Gebrauch zu machen hat. Zur Ergänzung dieses Erlasses bestimmen wir ferner, daß neue Bestellungen auf Zeitungen oder Zeitschriften von Seiten der Postverwaltung künftig nur unter dem Vorbehalt angenommen werden sollen, daß eine im Laufe des Abkommens etwa eintretende Entziehung des Postdebit zugleich die Aufhebung des Abkommens bewirkt. Demgemäß ist in die Verfügungen und Bedingungen des Abkommens-Protokolls vom 1861 die Bestimmung aufgenommen: „Das, was aus einer insändlichen Zeitung oder Zeitschrift im Laufe eines Abkommens-Debiten der Post-Debit entzogen wird, die Forderung und Zulassung derselben an die Abonnenten aufhört und die Postverwaltung kann nur noch den bezahlten Abkommens-Preis nach Verhältnis der auf das laufende Abonnement rückständigen Nummern zurückzuführen hat.“

Der durch die Instruktion für die königl. Ober-Post-Direktionen, Bd. 3 Abschnitt XIV, § 5 vorgeschriebene Erklärung der Verleger ist der Zusatz hinzuzufügen:

„Der Abkommenspreis wird von der Post-Verwaltung an den Verleger in angemessenen Terminen postnumerando bezahlt. Sollte der Verleger im Laufe des Abkommens der Post-Debit entzogen werden, so hört die Forderung und Zulassung derselben an die Abonnenten und die Abnahme der bestellten Exemplare von dem Verleger auf. Der Abkommenspreis wird dann nur nach Verhältnis der bereits bezogenen Nummern an den Verleger bezahlt.“

Berlin, den 6. Dezember 1850. Der Minister des Innern. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. (gez.) von Müllersammer. (gez.) von der Heppel.

Koblenz, 19. Dezember. [Die Truppenlokationen.] welche nach dem Eintreffen der Dimirg Puntation augenblicklich stillirt wurden, scheinen jetzt zur Ausführung kommen zu sollen. So marschirten heute Morgen das seither im Kreise Rheinwied in Rantonierung gestandene 29. Landwehrinfanterie-Regiment (Regierungsbezirk Koblenz) durch unsere Stadt nach dem Hunsrück, in die Gegend von Simmern und Kastellau, wo es mit dem 29. Linienregiment zu einer Brigade zusammengezogen wird. Schon vor zehn Tagen sollte das Landwehrregiment dahin aufbrechen, erhielt aber in der Nacht Gegenbefehl. Täglich um die Mittagszeit rücken aus den hiesigen Depots Kolonnen von Trainfahrzeugen jeder Art, sämmtlich ganz neu geschirrt, nach ihren Rantonierungen auf dem Land aus und die Verproviantirung der Festung wird in großartiger Weise fortgesetzt. Proviant- und Fouragelieferungen treffen in langen Zügen hier ein, so noch gestern eine bedeutende Quantität Getreide. Das seither hier als Befugung gestandene 37. Landwehrreserves-Bataillon (Arensborn) ist vor einigen Tagen nach Köln marschirt; an dessen Stelle wird das 40. Landwehrreserves-Bataillon von Mainz hier eintreffen. — In Folge der letzten Stürme und Regengüsse sind unsere beiden Ströme plötzlich hoch angeschwollen und die Leinpfade sind theilweise unter Wasser; die Mosel stieg in zwei Tagen um zehn Fuß. (D. P. A. Z.)

Deutschland.

Dresden, 21. Dezbr. [Tagesneuigkeiten.] Unsere Stände haben sich auf die Weihnachtstagen begeben und zwar die 1. Kammer bis zum 30. Dezbr., die 2. Kammer hingegen bis zum 3. Januar l. J. Interesse erregt aber weder ihr Dasein noch ihr Wegzug. — In heutiger Sitzung der 1. Kammer machte Minister Dr. Zschinsky die erste öffentliche Mittheilung, daß auch die sächsische Regierung dem Beispiele der Nachbarstaaten folgen und die Reduktion des Herbesandes auf die geringstmögliche Zahl eintreten lassen werde, nachdem eine Anfrage beim preuss. Ministerium wegen Entsendung der preuss. Heeresmassen von der sächsischen Grenze befriedigende Antwort herbeigeführt habe. Bereits sind Verkäufe einer großen Zahl Pferde der Artillerie und des Kommissariats-Train angeordnet, wobei ohne Zweifel ein großer Theil der Ankaufsumme verloren gehen wird, da bei jetziger Jahreszeit Pferdekaufe nicht zahlreich sind. In Folge dieser Friedensausichten bessern sich auch erfreulicherweise die Gewerbsverhältnisse, da bei den kriegerischen Ausichten der jüngsten Vergangenheit Alles ins Stocken zu geraten und jeder das Geld festzuhalten schien, was bei der dazu kommenden Papiergeldüberfluthung um so fühlbarer wurde.

Ob die bevorstehenden Konferenzen den Erwartungen entsprechen werden, wird die Zukunft lehren; hier verpricht man sich im Ganzen nicht zu viel. Ich wünsche, diese letztere Ansicht wäre falsch. Man ist hier der Meinung, Preußen werde auch hierbei von Oesterreich und dem mit ihm hinter den Kulissen arbeitenden Diplomaten zum Nachgeben gebracht und wir so noch hinter den status quo von Anno 1815 gebracht werden. — Die politischen Zustände unseres engeren Vaterlandes Sachsen sind demnach nichts weniger als befriedigend. Pressefreiheit existirt ebenso wie das Vereinsrecht, von welchem letztem fast gar kein Gebrauch gemacht werden will, fast nur noch dem Namen nach. Das einzige noch bestehende Organ der gemäßigten-liberalen Partei, die D. A. Ztg., ist durch mehrfache Beschlagnahmen dahin gebracht, nur Thatsachen einfach zu berichten, das Neue Dresdener Journal hingegen definitiv verboten worden. — Die Steuern sind in diesem und voraussichtlich noch mehr im nächsten Jahre zu einer beinahe unerträglich hohen Höhe gebracht, was bei der vielen Einquartierung seit dem März-erignisse v. J. und der allgemeinen Geblümme natürlich Unzufriedenheit hervorruft und man sich nicht des Gedankens erwehren kann, daß Kleinhaarete mehr kostet, als die Verwaltung großer Staaten mit guter Regierung.

Rassel, 20. Dezember. So haben wir doch heute bairische Truppen in unsern Mauern gesehen! (S. die gestr. Dresl. Z.) Schon vor 8 Uhr Morgens kamen zwei bairische Gendarmeries in scharfem Hitt die Königstraße herunter und hielten vor dem Gasthause zum russischen Hofe. Wir vernahmen, daß sie da für Offiziere-Quartier machen sollten. Kurz vor 10 Uhr kamen 20—25 Gendarmen und 25—30 Mann Infanterie zum Leipziger Thore herein und gingen über den Markt und durch die Artillerie- (oder Neue) Straße nach dem holländischen Thore hin. In der Artilleriestraße wurden sie von preussischen Soldaten, welche dort zufällig waren, sehr bemerklich beobachtet. Vor dem holländischen Thore haben sie sich gehüllt und die Straßen nach der benachbarten Dörfern Wolfsanger, Simmershausen, Veimar u. eingeführt. Zwischen 10 und 11 Uhr folgten ihnen auf demselben Wege ein Regiment Gendarmen und zwischen 11 und 12 Uhr zwei Bataillone Infanterie. Diese sind, wie ich vernommen, in den Kreis Hofgärtner und nach Wolfhagen gegangen. Um 1 Uhr ging ein drittes Bataillon Infanterie über den Königsplatz durch die Kölnische Straße und Allee nach Wehlheiden. Alle diese Truppen kamen auf der Fuldauer Straße von dem Dorfe Waldau her. Ob außer den angeführten noch andere bairische Truppen bis jetzt hier durchgekommen sind, ist mir nicht bekannt. Hier in der Stadt sind keine geblieben, und preussische Offiziere, welche die Baiern vorbeziehen sahen, äußerten, daß in die Stadt bairische Truppen nicht kämen, solange preussische hier lägen. Preußen und Baiern hier zusammen würden sehr bald in Reibungen miteinander geraten und an Schlägereien würde dann kein Mangel sein. — (Ueber die vom Oberappellationsgericht abgegebene Erklärung hat unser Korrespondent in der gestr. Dresl. Ztg. bereits ausführlich berichtet.)

Die Verhandlungen mit dem Oberappellationsgericht sind nur von dem preussischen Kommissar geführt worden; der österreichische hat sich gar nicht eingemischt, aber der General v. Peucker scheint der Zustimmung desselben sicher zu sein. Denn er hat bestimmt versichert, daß nach dieser Erklärung von einer Exekution nicht mehr die Rede sein könne, und so glauben denn Viele, daß nach Rassel Baiern nicht kommen würden. (S. dagegen die telegr. Depesche.) Die fragliche Erklärung hat das Oberappellationsgericht in einer Sitzung gefast, welcher kein Mitglied einer anderen Behörde beigewohnt hat. Gestern Nachmittag hat aber eine gemeinschaftliche Zusammenkunft der Mitglieder des Oberappellationsgerichts und der Direktoren der Finanz- und sonstigen Behörden stattgefunden, in welcher die Erklärung mitgetheilt, erläutert und motivirt worden ist. (D. A. Z.)

Frankfurt, 20. Dezbr. [Tagesneuigkeiten.] General Bonin war während zwei Tagen incognito in hiesiger Stadt. Er ist bereits gestern wieder abgereist. — Das 1. bairische Jägerbataillon, das hier in Garnison lag, ist heute morgen in sehr frühe Stunde (um 5 Uhr) von hier nach Hamau und Uffenhagen marschirt; statt dessen ist ein österreichisches Bataillon bereits eingedrückt. — Es ist in den letzten Tagen hier viel von einem Schreiben des Staatsanwaltes Dr. Hecker an den Senat gesprochen worden. Wir können versichern (bemerkt hierzu der hiesige „Volksbote“), daß das Schreiben keinerlei Betrachtungen, weder für, noch gegen irgend Etwas enthält, sondern ganz einfach ausspricht, der Schreiber desselben finde es unangemessen, schon so lange einen Gehalt zu beziehen, ohne dafür entsprechende andauernde Beschäftigung gehabt zu haben; er stelle sich demnach hiermit zur Disposition des Senates und bitte um vorläufige Anstellung im Justizfache. (F. Z.)

(Tel. Dep. der Niederr. Ztg.) F. M. L. Ledebach hat Befehl erhalten, sich mit seinem Korps marschfertig nach Holstein zu halten. (Dies Korps steht bekanntlich an der südlichen bairischen Grenze und ist etwa 25,000 Mann stark.)

Karlsruhe, 19. Dezbr. [Ein Beschluß der zweiten Kammer.] In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer unserer Stände interpellirte Abg. W. L. über die Verhältnisse Deutschlands und die Kammer nahm einstimmig hierüber folgenden Beschluß an:

„Dem Bedürfnisse der deutschen Nation, ihren als gerecht anerkannten Ansprüchen auf nationale Einigung und konstitutionelle Freiheit, haben sämtliche deutsche Fürsten und Regierungen Befriedigung verweigert. Badens Großherzog und Se. Regierung haben den Ernst dieser Verweigerung zu wiederholten Malen behauptet. Seine königliche Hoheit haben auch bei Eröffnung des gegenwärtigen Landtags Ihre festen Entschlüsse ausgesprochen: „So viel an Mir ist, mitzuwirken, daß dem lebhaft erwachten gerechten Selbstgefühl der Nation Genüge geschehe und Deutschland einig im Innern und stark nach Außen sei.“ — Diese Worte vom Throne haben überall freudigen Anklang gefunden. Sie vertheilen der Kammer die Zuversicht, daß die großherzogliche Regierung, berufen, an den Beratungen über eine deutsche Verfassung Theil zu nehmen, dahin wirken werde: 1) daß eine oberste Gewalt in Deutschland errichtet und mit den Befugnissen ausgestattet werde, welche erforderlich sind, um, unabhängig von fremden Einflüssen, die Rechte und Interessen der Nation nach Außen und im Innern zu schützen und zu fördern; 2) daß diese oberste Gewalt umgeben werde mit einer Nationalvertretung, deren Theilnahme die deutsch-nationale Richtung der allgemeinen Politik, die Kraft der Gesetzgebung und der Leitung der gemeinsamen Interessen, den Schutz des Rechts und der berechtigten Selbstständigkeit der einzelnen Staaten verbürgt. — Nicht minder hat die Kammer die Zuversicht, daß die großh. Regierung, so viel an ihr ist, jeder Verletzung der nationalen Interessen von Außen und des Rechtszustandes im Innern entgegenzutreten, daß sie folgerweise sowohl gegen die Zumuthungen, die Rechte Deutschlands auf das Herzogthum Holstein und auf dessen unzertrennliche Verbindung mit Schleswig preiszugeben, entschiedenen Widerspruch entgegen zu setzen, so wie die in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung des Kurfürstenthums Hessen gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen wird. Indem die Kammer diese Erklärung in ihr Protokoll niedertreibt, fühlt sie sich getragen von dem Bewußtsein, einer Pflicht zu genügen, welche den Vertretern jedes deutschen Stammes gebietet, in einer Zeit, in welcher es sich um die Verwirklichung der feierlichsten Zusicherungen handelt, an deren redliche Erfüllung zu mahnen, wodurch allein das Wohl, ja die Existenz des großen deutschen Vaterlandes wie der einzelnen Glieder gesichert werden kann. Sie fühlt sich aber zugleich gebunden durch die Thatsache, daß ihre Mahnung für die großh. Regierung nicht ein Vorwort, sondern eine Strafe ist.“

Stuttgart, 19. Dezbr. [Diplomatische.] Heute Nachmittag wird sich der württembergische Bevollmächtigte zu den Dresdener Konferenzen, Herr v. Neurath, auf die Reise begeben; ihm beigegeben ist Graf v. Taube, bei dem königl. Geheimrath angestellt, und als Sekretär der Kanzlei Rinzler. Einen tüchtigeren, durchgebildeteren und besonneneren Mann, als Herrn v. Neurath, hätte das Ministerium nicht finden können, zumal da Herr v. Linden seiner doppelten Ministerialgeschäfte wegen von hier nicht abkommen kann, ohne eine große Lücke zu hinterlassen. Auch Graf Taube ist ein Mann, der in der letzten Zeit mit Fleiß und Eifer für die Interessen des Landes gearbeitet hat. Was die Instruktionen für die Mission dieser Herren betrifft, so kann man sich im Allgemeinen wohl denken, daß sie einestheils an dem Zustandekommen einer einheitlichen Bundesgewalt mitzuwirken, andererseits die Selbstständigkeit der größeren Mittelstaaten möglichst zu wahren beauftragt sind. Dahin wird besonders Baiern arbeiten, und um so mehr, als Hannover und Sachsen wieder eine stärkere Wendung nach Preußen hin gemacht haben. (D. Kronl.)

Darmstadt, 19. Dezbr. Staatsminister v. Dalwigk wird in den nächsten Tagen nach Dresden reisen, um das Großherzogthum bei den dortigen Minister-Konferenzen zu vertreten. Geheimrath Staatsrath Hallwachs wird sich ebenfalls dahin begeben, Ministerialdirektor v. Schenk hat einstweilen das Ministerium des Auswärtigen übernommen.

Ulm, 20. Dezbr. [Eröffnung des Landtags.] Nachdem die Vorparlamentarier über die Legitimation der Abgeordneten beendet und keine Wahl war beanstandet worden, ward heute von dem Vorsitzenden des Staatsministeriums, Hrn. Ministerialvorstande v. Buttell, eröffnet. Aus der Eröffnungserede theilen wir nachstehend die wichtigsten Stellen mit: Mit tiefem Schmerze, meine Herren! denken Sie, daß die wachsenden Mangelstände, das Deutschland verfallene Entwicklungslager haben das angestrebte Ziel der Einigung nicht zu erreichen vermocht, vielmehr, wie es scheint, zunächst nur dazu geübt, die untereinander sich widerstrebenden Ansichten, Meinungen und Interessen um so ungleichmäßiger hervortreten zu lassen. Versuch auf Versuch ist geübt und bittere Erfahrungen, durch welche die Hoffnungen getrübt worden sind, bezeichnen den Gang, den wir allgem. bekannt, weihen die Dinge genommen. Was hierbei insbesondere das Berliner Bündniß vom 26. Mai 1849 betrifft, so sieht die Regierung S. I. S. daselbst, seitdem bereits zur provisorischen Ausführung der Unions-Verfassung vorgeschritten gewesen, jetzt aber letztere von der l. preuss. Regierung für unauflösbar erklärt worden, als gegenstandslos und für erloschen an, weshalb es in diesem Sinne an den betreffenden Stellen bestimmte Erklärungen hat abgeben lassen.

Während die größeren Staaten Deutschlands vorläufig voll geküsst in Waffen stehen, werden gegenwärtig neue Versuche angebahnt. Zur Lösung der brennendsten Fragen und ferneren Gestaltung der gemeinsamen deutschen Verhältnisse werden sich schon in den nächsten Tagen in Dresden Abgeordnete der einzelnen Staaten zu freien Konferenzen zusammenfinden, bei denen, auf Befehl S. I. S., auch Ulm vertreten sein wird. Ob der Ausgang ein glücklicher sein werde? — es läßt sich schwer sagen!

Welche härteste Prüfungen möglicher Weise an diesem Gange nach über Deutschland in den kommenden Zeiten verhängt werden, steht in Gottes gnädiger Hand, aber wenn sie kämen, würde auch unser Land nicht verschont bleiben können, sondern vielmehr bereit sein müssen, wie für das gemeinsame Vaterland, so auch lediglich für seine eigenen und nächsten, durch die Lage ihm angelegentlich Interessen mit willigen Opfern kräftig einzustehen.

Der von Preußen, Namens des deutschen Bundes, mit Dänemark abgeschlossene Frieden ist, wie von allen deutschen Regierungen, so auch von S. I. S. bekräftigt worden. Es ist dabei die ausdrückliche Voraussetzung ausgeprochen, daß bei den Rechten der Herzogthümer Schleswig-Holstein in keiner Weise Abbruch geschehen dürfe, und es wird jetzt Sade sämtlicher deutschen Regierungen sein, zu bewahren, daß solcher Art der Erwartung entgegen zu werden. Denn nur die strenge Gerechtigkeit kann bei der unglücklichen Verwicklung der Verhältnisse einen wirksamen Friedenszustand dauernd begründen und das Schweregepöhl und zurückerhaltenen Wohlstand zurückführen. S. I. S. hat fortwährend und unablässig bemüht gewesen, das Gedeihen der auf der Meier Stationen d. a. u. t. e. n. L. o. t. t. e. die freilich auch noch wie Deutschland selbst einer besseren Zukunft entgegenharrt, möglichst zu fördern. Insbesondere sind im Hain zu Bracke Verhandlungen getroffen, um der Fichte für den Winter ein sicheres Unterkommen zu verschaffen, und sechs Schiffe nehmen dort gegenwärtig ihren wüthig gehängigen Platz ein.

Ueber einen Anschlag an den österreich. preuss. Postverein sind Verhandlungen eingeleitet und hoffen S. I. S., daß das Ergebnis dem allgem. Landtag noch mitgetheilt werden könne. (Die Rede kommt nun auf die inneren Angelegenheiten, die von weniger allgemeinem Interesse sind.) Diese unter innerlicher Erregung vorgesehene Eröffnungserede machte einen tiefen und, wie es schien, recht wohlthunenden Eindruck. Sobann ward zur Wahl eines Präsidenten geschritten. Die Wahl fiel mit fast allen Stimmen (es waren 39 Abgeord-

nete anwesend) auf den Obergerichtsrath Sig zu Bickenfeld. Derselbe dankte für dies ihm hier wiederholt bewiesene Vertrauen (auch die drei jüngst vorhergegangenen Landtage wurden von ihm präsiert), erinnerte daran, daß jetzt zum viertenmale das Volk seine Vertreter gestandt habe, um den Versuch zu machen, das Staatsgrundgesetz vom Papiere ins Leben zu geleiten, und übergehend auf die Zustände der Gegenwart, wies er darauf hin, daß von allen Großmächten die Macht der Wahrheit und des Rechts die größte sei, denn sie beherrsche die Gewissen; in der Aufrechthaltung und Erfüllung der Verfassung würde und müsse Volk und Regierung den sie vereinigenden Mittelpunkt finden. (Westf. Z.)

Hannover, 20. Dezbr. [Ein mächtig er Beethediger der Herzogthümer.] Wir glauben aus äußerst achtbarer Quelle zu erfahren zu können, daß in Dresden eine imposante Macht für die Sache der Herzogthümer in die Schranken treten wird, und wie glauben annehmen zu dürfen, daß der in den letzten Wochen zwischen den Kabineten der norddeutschen Höfe unterhaltene rege Kurier- und Notenwechsel vorzugsweise sich darum gedreht habe, ein gleichmäßiges und gemeinschaftliches Verfahren in dieser Beziehung vorzubereiten. (Westf. Z.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 20. Dez. Von dem vor einigen Tagen nach ihrer Heimath zurückberufenen Preußen sind bereits Einzelne wieder hier angekommen, um, da sie bei ihrer Ankunft in Berlin den Bescheid erhielten, sie brauchten jetzt nicht einzutreten (Einmal soll der Kriegsminister v. Strohhausen sogar erklärt haben, er habe ihn ja früher bis zum nächsten Frühjahr beurlaubt), die Wiederaufnahme in unsere Arme nachzusuchen.

Aus den Sitzungen der Landesversammlung vom 17. und 18. haben wir noch eine kurze Notiz über eine Erklärung des Kriegsministers, betreffend den Wechsel im Arme-Kommando, nachzutragen. Am 17. interpellirte nämlich Dr. Lafaurie den Kriegsminister: Aus welchen Gründen der General Willisen aus unserm Dienste entlassen, und v. d. Horst, und warum eben dieser v. d. Horst wieder in gleicher Eigenschaft angestellt sei, und aus welchen Gründen der Versammlung gar nichts über so bedeutende und wichtige Maßnahmen näher mitgetheilt worden. — Der Kriegsminister erwiderte: Er könne darauf sofort antworten, daß Willisen deshalb entlassen sei, weil er das Vertrauen zu sich selbst und zur Arme verloren habe, und was die Anstellung des Generals v. d. Horst betreffe, so sei dies eine Regierungsmaßregel, über die er weiter nichts Näheres zu sagen vermöge. — Am Schlusse der Sitzung vom 18. forderte der Kriegsminister darauf nochmals das Wort und bemerkte, wie er vernommen habe, daß seine gestrige Äußerung, daß General Willisen deshalb abgegangen sei, weil er das Vertrauen zu sich selbst und zur Arme verloren habe, zu Mißdeutungen Anlaß gegeben habe und leicht einen Schanden auf die Arme werfen könne. Er bedauere dies; er habe sagen sollen und wollen, daß Willisen abgegangen sei, weil er das Vertrauen zu sich selbst und deshalb auch dasjenige zur Arme verloren habe. Ein Solches habe er darum hiermit bemerken und dem noch hinzufügen wollen, daß in der Arme ein ausgezeichneter guter Geist herrsche, daß sie mit der größten Freudigkeit bedeutende Strapagen ertrage, kampfbereit und kampfmüthig sei, und daß sie, wenn es, und hoffentlich bald, wieder gegen den Feind gehe, zeigen werde, daß die anerkannte und allbekannte Tapferkeit der Schleswig-Holsteiner nicht von ihnen gewichen sei.

Rendsburg, 20. Dezember. Dem 2. Jägerkorps ist am gestrigen Tage eine seiner Feldwachen von den Dänen überfallen, und wurden bei dieser Gelegenheit 5 von unsern Jägern gefangen genommen. — Die Führung des 1. Bataillons ist während der Abtommandierung des Majors Deeren, dem Hauptmann v. Ritterberg übertragen worden. (S. B.)

Aus dem südlichen Schleswig, 18. Dezbr. Noch immer liegen vor Eckernförde zwei dänische Dampfschiffe, „Holger Danke“ und ein kleineres, vor dem Kieler Hafen eine Fregatte und hin und wieder noch ein Dampfschiff. Vor circa vierzehn Tagen standen in Eckernförde 200 bis 250 Dänen. Sie waren in 2 Speichern kasernirt, bei den Bürgern keine Quartiere. Dies wird sich bisher gleich geblieben sein. In Eckernförde, dem Kirchspiel Cöfel (Wilsfunde, Fleckebje), der Winderbyer Haide — also in der Stadt und zwischen dieser und der Schlei — stehen im Ganzen 1 1/2 Bataillone Dänen. Von selbigen kanonirt ein Bataillon im Dorfe Cöfel, ein halbes Bataillon steht auf Vorposten in und bei Winderbyer Haide und Eckernförde. Die Schanzwerke der Dänen südlich von Wilsfunde sind in neuester Zeit verschiedentlich verstärkt, die große Schanze ist bedeutend erhöht und vor derselben eine Verschanzung für Infanterie aufgeführt worden. In Schwansen kommen nur Streikkorps des Feindes. Eckernförde, die kleine Stadt von circa 3000 Einwohnern, hat seit dem Einrücken der Dänen schon 90,000 Rthl. an sie bezahlt müssen. In Tondern hat die Polizei, wie ein Privatbrief in Flyveposten meldet, Verhaftungen unter dem Maskeit vorgenommen, da er die beim ersten Aufbruch der dänischen Arme dort vergrabenen und später entdeckten acht kleinen Kanonen nach Rendsburg ausgeliefert zu haben behauptet; Tondern sei nächst Schleswig die politisch-schlechteste Stadt u. s. w.

Oesterreich.

Wien, 20. Dezember. [Die österreichische Politik. — Das Wahrsystem. — Eisenbahn.] Briefe aus London bestätigen die längst genährte Vermuthung, daß die jüngsten Schritte des heiligen Vaters gegen England lediglich eine Eingebung der österreichischen Politik waren, die sich dadurch für den feindseligen Einfluß zu rächen sucht, den der Lord Palmerston seit längerer Zeit mittelst der revolutionären Propaganda auf Italien und Oesterreich ausübt. Durch die Erregung tieferer Unruhen in England hofft die österreichische Regierung den gefährlichsten Staatssekretär im Innern zu beschaffen und würde dieses religiöse Vorpiel für die Vorbereitung eines sozial-politischen Aufstandes in Irland unter gewissen Umständen von großer Wichtigkeit sein, weil die irischen Gemüther bereits durch die religiöse Erbitterung für äußere Gewaltthaten gehörig reif geworden sein würden. Ueberhaupt befolgt die österreichische Politik mit Eifer jene ultramontane Richtung, welche durch Aufregung des religiösen, oder besser gesprochen, des konfessionellen Bewußtseins, die Völker von dem politischen Feld in das kirchliche Gebiet zurückzuziehen will, wie denn gerade die österreichische Hauspolitik eine derartige Tendenz nachzugehen adoptiren muß, einen gemeinsamen Boden für die verschiedenen Nationalitäten ihres Staates zu gewinnen und die Mannigfaltigkeit nationaler Herkunft und des Sondergeistes der verschiedenen Stämme unter dem religiösen Gesichtspunkt zu vereinigen. Aus diesem Grunde kann die österreichische Politik auch nur eine katholisch-dynastische sein und weder eine deutsche, noch slavische oder italienische Farbe tragen. — Im Schooße der Militär-General-Kanzlei und selbst im Ministerath soll die Neigung aufgetaucht sein, zu einer Nachahmung der preussischen Waffenverfassung, deren Wohlthätigkeit und Volksthum zu große Vorzüge sind, als daß sie selbst in den Augen des Gegners nicht Anerkennung finden sollten. Doch da man sich leider nicht zu den Vorbildungen hin bequemen wollen, die unumgänglicher Weise erfüllt werden müssen, um zu den Früchten des Landwirthschaftsreform zu gelangen, so wird es wohl nur bei einer Reform des Heerwesens sein Bewenden haben, in der bloß eine kümmerliche Nachahmung der genialen Schöpfung Scharnhorst's erkannt werden dürfte. Die Pre-

